



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/III/64 - 18. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Rufmord	S. 1
Der Gemeinsame Markt und die französische Kolonien	S. 3
Zur Abrüstungskonferenz in London	S. 5
Hallstein und die Chinesen	S. 7

## Warnung vor dem Sumpf.

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

In einem Vortrage, den ich kürzlich in einer geschlossenen Veranstaltung vor einer überparteilichen und interkonfessionellen Vereinigung hielt, habe ich geäußert, dass mir unser politisches Leben in mancher Hinsicht zuweilen als ein Sumpf der Schlechtigkeit sowie jeder Art menschlicher Bosheit und Niedertracht erscheine. Durch eine Indiskretion ist diese Bemerkung, aus ihrem Zusammenhang herausgerissen, bekanntgeworden. Ich habe aber dagegen nichts einzuwenden. Ereignisse der letzten Tage sind in bedauerlicher Masse geeignet, meine bittere Klage zu bestätigen. Ich meine hiermit den Versuch, den Wahlkampf durch persönliche Verleumdungen zu vergiften und einen Politiker wie Herbert Wehner nachhins anzufragen.

Es gibt keinen "Fall Herbert Wehner". Aber es gibt leider einen Fall, ja einen Sturz in den Sumpf selber, der eine schwedische Pressemeldung aufgriffen, um sie zum Vorwand eines Rufmordes gegen Wehner zu nehmen. Das schwedische Blatt selber hat inzwischen den Anstand bewiesen und so viel Mut gehabt, in einem Leitartikel offen zu erklären, dass es sich durch eine irreführende Bezeichnung vergriff und seine Darstellung längst bekannter und geklärter Tatsachen zu irreführenden Beurteilungen über Wehners Tätigkeit vor 15 Jahren in Schweden geführt hätten. Aber wir in Deutschland?

Zuweilen wird der Rufmord in besonders raffinierter Weise ge-

18. 3. 1957

tarnt. So entrüstet sich zwar ein Herr Christian-Claus Baer in der "Frankfurter Neuen Presse" vom 15. März 1957 darüber, dass die Art und Weisheit, mit der Herr Rasner jene schwedische Pressemeldung in den deutschen Wahlkampf zu infiltrieren sucht, kein anständiger Wahlkampf sei. Aber Herrn Baer selber ist das peinliche Kunststück gelungen, Herrn Rasner an Tiefstand noch zu unterbieten.

Mit scheinheiligen Beteuerungen weist es Herr Baer zwar weit von sich, die angeblich schmutzige Wäsche politischer Persönlichkeiten waschen zu wollen. Aber er scheut sich nicht, die Behauptungen auszustreuen, Wehner spreche offenbar nicht gern über die Gründe und das Mass seines Gesinnungswandels; ja es gebe in Wehners Partei selber genügend Leute, die ihm gern einmal ins Herz leuchten und wissen würden, ob er nur das Hand gewechselt oder ob er sich wirklich gewandelt habe, und die insbesondere gern einmal nachforschen würden, mit welchen Argumenten Herbert Wehner sich seinerzeit vor Kurt Schumacher zu rechtfertigen "versucht" habe.

Ich weiss als einer der engsten Mitarbeiter Kurt Schumachers wie ausserordentlich Kurt Schumacher gerade Herbert Wehner schätzte und ihm voll vertraute, weil Kurt Schumacher genau über Wehners Schicksal Bescheid wusste. Kurt Schumacher war bekannt (was heute in der Politik eigentlich jeder wissen sollte), dass Herbert Wehner während seiner Emigration in der Sowjetunion nicht nur deren wahres und unmissliches Gesicht, sondern an eigenen Leibe auch deren Gefängnisse kennengelernt hat. Kurt Schumacher wusste (was heute jeder wissen kann), dass Herbert Wehner sich infolge des eigenen bitteren Erlebens und Erleidens in der Sowjetunion bereits 1942 mit der ihm eigenen klaren Entschiedenheit voll und ganz vom Kommunismus löste. Kurt Schumacher selber war es, der von sich aus gerade deshalb Herbert Wehner dazu drängte, sich als Mitglied in den Bundestag wählen zu lassen. Aus vielen intimsten Gesprächen mit Kurt Schumacher ist mir bekannt, wie oft Kurt Schumacher in tiefer Sorge um das Leben Herbert Wehners war, da Kurt Schumacher sich im klaren war, dass die Kommunisten keinen deutschen Politiker so hassten und hassen wie Herbert Wehner, der sie am besten kennt und am tiefsten durchschaut hat.

Es gibt keinen Sozialdemokraten, der insgeheim und feige den Wunsch hegt, Herbert Wehner ins Herz zu sehen. Denn nicht nur jeder Sozialdemokrat, sondern jeder redliche Politiker in Deutschland kennt Herbert Wehners Herz, weil es in einer unerträglichen Sorge und in einem vor der Weltöffentlichkeit ausgebreiteten Schaffen innerhalb und ausserhalb des Bundestages für die Freiheitlichkeit und Menschlichkeit unserer europäischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung und Gesittung brennt und leuchtet.

Herr Baer meint, es gebe als gute Aufgabe für den Wahlkampf finstere Felder zu besackern, sie aufzubrechen und dem Licht der Öffentlichkeit einzusetzen. In der Tat sollte man das hellste Licht der Öffentlichkeit auf alle diese dunklen Bosheiten richten, mit denen der üble und teuflische Versuch gemacht wird, durch solche anzweiflungen, wie sie gegen Herbert Wehner erhoben sind, den Wahlkampf in einen Sumpf zu verwandeln.

Eine Rechnung ohne den Wirt ?

I.O., Paris

Eine deutsch-französische Kommission machte sich in der vorigen Woche auf den Weg nach Schwarz-Afrika. Sie setzt sich aus Vertretern der Industrie beider Länder, sowie aus Vertretern der einschlägigen Ministerien zusammen. Zweck der Reise ist, den deutschen Teilnehmern einige der Projekte vorzuführen, an deren Verwirklichung sie künftig, im Rahmen des Vertrages über den Gemeinsamen Europäischen Markt, finanziell beteiligt sein können. In diesen Gemeinsamen Markt sollen bekanntlich die afrikanischen, unter französischer oder belgischer Kontrolle stehenden Gebiete einbezogen werden.

Als die Mitglieder dieser Reisegesellschaft bereits ihre Koffer packten, stellten in Afrika mehrere einheimische Politiker Fragen, aus denen hervorgeht, dass man übersehen hatte, sie über eine Reihe sehr wichtiger Wirtschaftsfragen auch nur annähernd zu unterrichten. In Dakar, der Hauptstadt des Senegal, fragte der Rechtsanwalt Boissier-Pallun, Präsident des Grossen Rates für Französisch-Westafrika, wie man es sich vorstelle, in Afrika einerseits die jetzigen Schutzzölle abzutragen und gleichzeitig eine einheimische Industrie aufzubauen, die gegenüber billigen Importwaren keinesfalls konkurrenzfähig sein kann. Boissier-Pallun, ein Senegalneger, begrüßte an sich den Ein-schluss Afrikas in den Gemeinsamen Markt, fragte jedoch auch, ob West-afrika weiterhin das Recht haben wird, Ausfuhrabgaben zu erheben, und wovon man, falls dies nicht der Fall ist, glaube, dass das Land seine Ausgaben bestreiten könne.

Afrikanische Beschwerden

Er stellte noch mehr Fragen, und es ist sogar möglich, dass man sich inzwischen bereits geeignete Antworten überlegt hat. Gewiss aber ist, dass über wirtschaftlich so lebenswichtige Punkte mit den Menschen, um die es geht, überhaupt nicht gesprochen wurde. Selbst die beiden Staaten, die keine Kolonien haben - nämlich das kleine Luxemburg und die grosse Bundesrepublik - hielten es nicht für nötig, ihre Rechnungen gemeinsam mit dem Wirt aufzustellen. Bereits vor der grossen Pariser

Konferenz über den Gemeinsamen Markt, die am 20. Februar endete, waren afrikanische Stimmen laut geworden, die sich bitter über die Auffassung beschwerten, die von den sechs Staaten vor dieser Konferenz praktiziert wurde: Man hatte die Afrikaner über den Einschluss Afrikas in den Gemeinsamen Markt nicht befragt. Nach der Konferenz nun setzten sich die Fachleute in Brüssel zusammen, um einen "unterschriftsreifen" Vertragstext aufzusetzen; aber auch jetzt hielt man es nicht für nötig, die zu befragen, um die es schliesslich geht.

Selbstverständlich wird die französische Regierung die Fragen beantworten, die afrikanische Abgeordnete stellen werden, sobald der Gesetzesentwurf über den Gemeinsamen Markt in der Nationalversammlung zur Abstimmung kommen wird. Das ist aber nicht das Entscheidende. Zum mindesten ist es nicht das psychologisch Entscheidende. Die weissen französischen Beamten wissen von den Problemen der bisherigen Kolonie vermutlich ebensoviel wie die schwarzen Politiker: bezeichnend ist es vielmehr, dass weder die Bundesrepublik, noch Luxemburg darauf bestanden dass die Einwohner der Länder, um die es geht, befragt wurden, und zwar ausführlich befragt wurden, ehe der Vertragstext als unterschiftsreif bezeichnet wurde. Nach Meinung der Afrikaner nämlich kann er so lange nicht wirklich unterschiftsreif sein, wie man sie, die schwarzen Menschen, nicht befragt und zu den Beratungen hinzugezogen hat.

#### Kehr als ein "Versehen"

Auch die Reise der deutsch-französischen Kommission ändert an diesem bedauerlichen "Versehen" nicht das geringste. Denn auf dieser Reise werden die deutschen Teilnehmer lediglich gewisse Projekte kennen lernen, nicht aber Zeit und Gelegenheit zu wirklich ausführlichen Rücksprachen mit afrikanischen Politikern haben. Und selbst wenn sie hierzu Gelegenheit hätten, würde das wenig nutzen, da ja der Vertragstext bereits fertiggestellt ist. Wenn die in Paris tätigen afrikanischen Abgeordneten und Senatoren richtig orientiert sind, hat sich kein einziger Vertreter der Bonner Regierung, kein Beamter, mit einem von ihnen in Verbindung gesetzt, um "schwarze" Meinungen anzuhören und zu berücksichtigen. Nur ein einziges Mal, lange vor der grossen Pariser Februar-Konferenz, wurde bei Beratungen in Brüssel der französische Minister Houphouët-Boigny, Abgeordneter von der Elfenbeinküste, angehört; aber

dieser sehr geschulte, schwarze Politiker kann nicht als alleiniger Sprecher der Millionen Afrikaner angesehen werden, um die es geht; ganz abgesehen davon, dass auch er lediglich einmal zu den Vorverhandlungen herangezogen worden war. Die französische Regierung zwar steht in dauerndem Kontakt mit afrikanischen Politikern, und kann daher sagen, sie kenne deren Sorgen und Wünsche genau. Die bundesdeutsche Regierung hat diese Kontakte nicht und hat bei ihren Verhandlungen - um einen afrikanischen Politiker zu zitieren - die Afrikaner als nicht verhanden angesehen.

+ + +

### "Militärisch verdünnte Zone" wieder im Spiel?

G.M. Die Welt blickt wieder gespannt nach London, wo neue Abrüstungsverhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion begonnen haben. Seit 1954 hat der UNO-Abrüstungs-Unterausschuss jährlich einmal getagt und im vergangenen Jahr zum ersten Male eine gewisse Annäherung in den Auffassungen des Ostens und des Westens erzielt. Man stellte damals übereinstimmend fest, dass die Verringerung der konventionellen Streitkräfte der USA und der Sowjetunion auf je 2,5 Millionen und die der britischen und französischen Streitkräfte auf je 750 000 Mann "diskutabel" sein könnte. Prinzipielle Übereinstimmung zwischen Ost und West wurde auch bei den Vorschlägen zur Schaffung eines Kontrollsystems für diese Gruppenverringerung erzielt. Nachdem die Sowjetunion vor einigen Monaten zusätzlich zu den in London seitzeit festgestellten Übereinstimmungen auf den amerikanischen Vorschlag für eine Luftberwachung eingegangen ist, dürfte wieder einmal der Begriff der militärisch verdünnten Zone in Europa am Ausgangspunkt der jetzt stattfindenden Abrüstungsverhandlungen stehen.

Man hat sich im Westen daran gewöhnt, als richtig zu unterstellen, dass auf der letzten Ausserparlamentarischen Konferenz im November 1955 in Genf eine weitere Diskussion über die militärisch verdünnte Zone in Europa am bedingungslosen "Njet" Molotows gescheitert sei. Tatsache ist jedoch, dass man deswegen nicht weiterkam, weil man sich nicht darüber einigen konnte, wo in Europa der "Schnittpunkt" sein sollte, von dem aus - nach Ost und West - die militärisch überwachte Zone ausgehen sollte. Molotow wollte als Acheo oder "Schnittpunkt" die gegenwärtige inner-

deutsche Grenzlinie bestimmt wissen; die Westmächte dagegen die jetzige Oder-Weisse-Linie. Gegen den Vorschlag Molotows hatte besonders die Bundesregierung Bedenken erhoben. Eine ernsthafte Diskussion darüber kam nicht zustande. Berührungspunkte wurden nicht gesucht, und da man sich ausserdem weigerte, den zukünftigen militärischen Status eines wiedervereinten Deutschland gleichzeitig zu diskutieren, endete diese Genfer Aussenministerkonferenz mit einem völligen Misserfolg.

Es ist zu erwarten, dass im Rahmen der Verhandlungen über das Abrüstungsproblem direkt oder indirekt auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eine Rolle spielt. Die beiden Teile Deutschlands sind für die Verhandlungspartner militärisch wichtig. Wenn man also in London im Hinblick auf die bereits im Vorjahr erzielte Übereinstimmung zur Frage der militärisch verdünnten Zone in Europa einen Schritt weiterkommen will, wird man wohl oder übel auch das nachstehende Problem - den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands - erörtern müssen.

Selbstverständlich stehen auch andere Probleme in London zur Debatte. Der frühere russische Botschafter in der Bundesrepublik, Sorin, und jetzige Delegierte der Sowjetunion auf der Londoner Abrüstungskonferenz - Sorin ist stellvertretender Aussenminister - hat auch Vorschläge mitgebracht, die Deutschland und sein Schicksal unmittelbar berühren. Er fordert die sofortige Verminderung der auf deutschen Boden stehenden Truppen um ein Drittel, die Auflösung der militärischen Stützpunkte auf fremdem Boden, sowie die Luftüberwachung einer 300 km breiten Zone zu beiden Seiten der jetzigen Trennungslinie zwischen Ost und West in Europa. Im Hinblick auf die Situation in Mitteleuropa wird russischerseits ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen, sowie die Verminderung der Streitkräfte aller NATO-Staaten und der Staaten des Warschauer Paktes.

Demgegenüber wollen die Westmächte vermeiden, dass eine Vermischung von Problemen der europäischen Sicherheit mit denen der allgemeinen Abrüstung eintritt. Für die Westmächte ist das Problem der Sicherheit in Europa gleichbedeutend mit der deutschen Wiedervereinigung, und sie befürchten, dass durch die Annahme rein militärischer Vorschläge der Sowjetunion notwendige politische Problemlösungen in Europa unnötigerweise verzögert oder sogar blockiert werden könnten.

Deshalb fordern die Westmächte die Etablierung eines Systems zur

Umstellung der Atomindustrie für friedliche Zwecke, um damit die Voraussetzungen für die generelle Regelung weiterer Abrüstungsmassnahmen schaffen zu können. Wie es heisst, sollen die Vereinigten Staaten aber auch bereit sein, als ersten Schritt der atomaren Abrüstung die gegenseitige Kontrolle von Atom- und Wasserstoffbomben-Experimenten zu akzeptieren.

Bedaauerlicherweise hat man keine Kenntnis davon erhalten, ob die Bundesregierung versucht, durch eigene Vorschläge zum Abrüstungsproblem gleichzeitig auch die Diskussion über die Wiedervereinigung oder die Errichtung einer Abrüstungszone auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland zu befruchten. Seitdem bekanntgeworden ist, dass auch im Gebiet der Bundesrepublik Atombomben gelagert werden, ist die Gefahr einer Blockierung von Verhandlungen über die Wiedervereinigung nie so gross gewesen wie jetzt.

+ + +  
Gegen deutsche Interessen

Der Ausgerechnet das Forum des Ostasiatischen Vereins in Hamburg hat sich der Staatssekretär Hallstein, unruhigst bekannt durch seinen seinerzeitigen Uralausflug, ausgesucht, um Anschauungen zu verzapfen, die, gelinde gesagt, im Widerspruch zu wohlverstandenen deutschen Interessen stehen. Es ging bei diesem traditionellen Liebesmahl dieses Hamburger Vereins um die Pflege des Handels mit China. Einstmals gehörte China zu den guten Absatzmärkten für deutsche Waren, die Schiffe wagemutiger und weltoffener Hamburger Exporteure gehörten zum ständigen Bild chinesischer Häfen, Firmen von Weltruf besaßen im tiefsten Inneren dieses Riesenreiches blühende Niederlassungen.

China ist heute nach vielen Jahren der Bürgerkriege und der Revolutionen ein Land, das sich mit aller Macht bemüht, den technischen und wirtschaftlichen Rückstand von Jahrhunderten in wenigen Jahrzehnten aufzuholen. Dazu bedarf es auch der westlichen Hilfe. Chinas Aufbau erfolgt derzeit fast ausschliesslich unter sowjetrussischen Patronat, weil es grösstenteils die Türen des Westens verschlossen findet, vor allem jene der Vereinigten Staaten. Diese törichte Haltung kann auf die Dauer nur der Sowjetunion zugute kommen und dem Bestreben Chinas nach grösserer Selbständigkeit und Lockerung von Moskauer Bevormun-

18. 3. 1957

dung nur hinderlich sein. So ist es kein Wunder, wenn diese Seite der amerikanischen China-Politik selbst in den Vereinigten Staaten umstritten ist, denn sie kittet den Ostblock stärker zusammen, gewiss eine unbeabsichtigte aber konsequente Folge solchen Verhaltens!

Die Briten handeln klüger. Sie versuchen, die Tür zum Chinahandel weit aufzustoßen. Über Hongkong ergießt sich seit Jahren ein ständig wachsender Strom britischer Waren in das chinesische Festland. Ihr Chinageschäft blüht, es sichert ihnen lukrative Gewinne, sie denken an die Zukunft. Soll die deutsche Wirtschaft als kümmerlicher Nachzügler im Schatten des britischen Chinageschäftes stehen? Weitblickende Kreise der deutschen Wirtschaft erkennen die Chance, die in einem chinesisch-deutschen Handel liegen. Sie drängen nach einer Ausnutzung aller schon derzeit bestehenden Möglichkeiten. Wenn nicht rechtzeitig da ist, kommt in der Regel zu kurz, das gilt gerade für den zwischenstaatlichen Handel.

Was aber hat der Bonner Staatssekretär für Äußeres dazu zu sagen? Er warnt die Hamburger Exporteure vor dem Einsteigen in das Chinageschäft, da die dort herrschende Staatsdoktrin 600 Millionen Menschen beherrsche und es nichts "Chinesisches mehr in diesem Lande gebe". Hat denn Herr Hallstein über sein Kleineuropa die Hälfte Asiens vergessen, aus der sich ein gut Teil Menschheitszukunft entscheidet? Es ist noch nicht bekannt, ob der Bonner Staatssekretär für Äußeres, im Hauptberuf einer der engsten Mitarbeiter Adenauers, für diese Warnung an deutsche Exporteure ein Anerkennungs- und Dankschreiben des britischen Ostasienhandels erhalten wird. Denkbar wäre es schon. Sicher aber ist, dass seine Rede vor Hamburger Kaufleuten deutschen Interessen nicht dienlich war; sie gehört zu jenen Bonner Glanzleistungen, denen der Geruch des Provinzialismus und der Dönerlichkeit anhaftet und zu denen auch die Gründung der "deutsch-chinesischen Gesellschaft" (um Tschiang-kai-schek zu stützen) des Herrn Majonica gehört.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel.